

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/164

Bad Godesberg, den 29. August 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 Die Linie liegt fest 33

Zum Gespräch von Kreßbronn

Von Klaus Veigdt, stellv. Chefredakteur des VORWÄRTS

2 + 3 Heinz Kühn - ein Jahr danach 99

Anerkannte Leistungen

Von Horst Ravensberg

4 Spanien-Wahl 46

Seitenblick auf EWG ?

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

* * *

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Das Verhältnis zu Prag normalisieren
Fluchthilfe nicht strafwürdig
Gerechte Lösung der deutschen Fragen in einer Friedens-
ordnung
Unrecht darf nicht mit früherem Unrecht begründet werden
Großbritannien wird zur Lösung der europäischen Probleme
beitragen
Neue Vorstandsmitglieder der Seliger-Gemeinde
Ausländische Gäste beim Treffen der Seliger-Gemeinde
Schlesische Studenten tagen in Würzburg

Die Linie liegt fest

Zum Gespräch von Kressbronn

Von Klaus Voigt, stellv. Chefredakteur des VORWÄRTS

Unversehens hat im kleinen Kressbronn am Bodensee die große Politik Einzug gehalten. Mit Bundeskanzler Kiesinger haben sich am Dienstag in dessen Urlaubsquartier Willy Brandt und Herbert Wehner sowie der Generalsekretär der CDU, Bundesminister Heck, zum Gespräch unter acht Augen getroffen. Das Generalthema: der weitere Gang der Bonner Politik im Zeichen der Großen Koalition. Bei Redaktionsschluß war über Details dieses Gesprächs noch nichts bekannt und es war auch noch nicht sicher, ob überhaupt wesentliche Details bekanntgegeben würden. Zuweilen tut auch ein gänzlich vertraulicher Gedankenaustausch not - gerade zwischen den verantwortlichen Führungspersonlichkeiten einer Koalition wie dieser.

Beschränken wir uns also auf ein paar Anmerkungen zum Generalthema von Kressbronn: Deutlich erkennbar tritt die Große Koalition jetzt in einen wichtigen Abschnitt ihres Bestehens. Zur mittelfristigen Finanzplanung geht das Wort in der nächsten Woche an den Bundestag. Dabei wird, wie die diversen Meinungsäußerungen außerhalb des Parlaments bereits gezeigt haben, manche kritische Klippe zu umschiffen sein.

Auf längere Sicht dürfte freilich ein anderes Gesprächsthema von Kressbronn womöglich noch wichtiger sein: die Ostpolitik. Dabei ist nun allerdings nicht erst, wie man aus manchen Kommentaren schließen könnte, eine "Linie" festzulegen. Die gibt es bereits seit Beginn der Großen Koalition: die Linie einer Politik der Entspannung gegenüber den osteuropäischen Staaten bei gleichzeitigem Bemühen um bessere Beziehungen zur Sowjetunion und um die Entkrampfung im geteilten Deutschland. Dennoch hat eine Gruppe von CDU-Politikern - wie es scheint, systematisch - begonnen, Willy Brandt wegen seines Agierens auf dieser Linie zu schelten. Diese in sich unschlüssige und unlogische Brandt-Schelte wird nun den Vizekanzler und Außenminister gewiß nicht aus dem Gleichgewicht bringen, zumal ihm so viel Zustimmung aus der Bevölkerung entgegen schlägt wie nie zuvor einem deutschen Außenminister. Aber sie spielt zumindest scheinbar denjenigen außerhalb der Bundesrepublik gewisse Handhaben zu, die gern die Glaubwürdigkeit unserer neuen Ostpolitik in Zweifel ziehen möchten. Das aber sollte - nicht zuletzt durch die Gesprächspartner von Kressbronn - zu verhindern sein.

Heinz Kühn - ein Jahr danach

Anerkannte Leistungen

Von Horst Ravensberg

Es ist über ein Jahr her: Professor Wildenmann gibt vor den Kameras des Zweiten Deutschen Fernsehens seine Prognose bekannt. Er sagt um 18.30 Uhr des 10. Juli 1966 voraus, die CDU werde abermals klarer Sieger der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen sein. Ein verbissenes Lächeln huscht über das Gesicht jenes Mannes, den diese Nachricht am schlimmsten treffen muß - Heinz Kühn. Noch ist der Schwall der Professorenworte nicht verräuscht, noch halten die Fernseher im Landtag den Atem an, als Kühn mehr zu sich als zu seiner Begleitung sagt: "Ich glaube ihm nicht, aber wenn es so wäre, dann werde ich die Niederlage eingestehen..."

Professor Wildenmann hat inzwischen seine Blamage überwunden, wiewohl die CDU ihren Propheten noch immer grollt, denn die Realität bekommt die Union noch heute zu spüren, da sie sich an Rhein und Ruhr in einer ihrer peinlichsten Führungskrisen befindet. Ihr desolater Zustand drückt am deutlichsten den Wahlsieg der Sozialdemokraten aus: Mit 4 225 667 Stimmen (49,5 Prozent) schlug die SPD die CDU aus dem Rennen, der nur 3 652 978 Stimmen (42,8 Prozent) verblieben. Ein Erdbeben, aber Heinz Kühn war dennoch nicht am Ziel, denn der geschlagene Dr. Franz Meyers bildete zusammen mit der FDP abermals die Landesregierung, und dies mit einem Mandatsverhältnis von 101:99.

Spätestens in dieser denkwürdigen Stunde des Landtages hat Kühn sein staatspolitisches Format bewiesen. Ohne jeden Versuch der Radikalisierung führte er die Fraktion besonnen durch die deprimierende Periode des Abwartens hindurch, um dann im November die regierungsunfähige Regierung Meyers zu stürzen. Seitdem kennt das Land nun den Ministerpräsidenten Heinz Kühn, und die Frage liegt nahe, wie wird er beurteilt, was macht er anders als Meyers, und wo liegen seine unbestreitbaren Vorteile und Erfolge?

Niemand bestreitet heute mehr, daß der neue Mann am Düsseldorfer Ruder über Nacht neue Zeichen und neue Maßstäbe gesetzt hat. Ohne Franz Meyers persönlich verletzen zu wollen, Kühns weltmännischer Regierungsstil hat die Atmosphäre in der Residenz am Rheinufer schlagartig verändert. Meyers war der polternde Hausgeist in Hemsärmeln, der biedere und lustige Rheinländer, dessen meist plumpe Schlagfertigkeit Bierunden erheiterte, dessen sehr unterschiedlicher Arbeitsstil Staatssekretäre ergraute, dessen sprichwörtliche Unbekümmertheit nicht selten an den Problemen des Tages vorbeiging und dessen Auftreten bei Staatsvisiten zwar populär zu wirken schien, doch mitunter an das Gehabe eines Schützenkönigs erinnerte. Dies alles ist jedoch der Beobachtern erst ganz klar geworden, als Meyers durch Kühn abgelöst wurde, als ein Vergleich möglich war.

Der neue Kabinettschef regiert nicht mit der Geschäftsordnung unter dem Arm und den Richtlinienkompetenzen, im Gegenteil, er sucht die Entscheidungen im Gespräch mit anderen und behält trotzdem alle wichtigen Fäden in seiner Hand. Gewiß, vollkommen ist keiner, Fehler machen alle, aber in der Endbilanz zählt die Gesamtsumme, es zählen die meisten Treffer, und schon nach einem halben Jahr des Regierens zeigt

sich, daß das Positive das Negative bei weitem überwiegt.

Das Ende im Schulstreit steht am Anfang regierungspolitischer Erfolge von Heinz Kühn. Und die Einigung aller drei Fraktionen im Landtag über die Kohlenpläne ist ein Meisterstück des Ministerpräsidenten, der mit der "Kleinen Koalition" eine Allparteienkoalition zustande brachte. Weder in der Schuldebatte noch in der Kohlediskussion wollte ursprünglich die CDU eine Einigung, weil sie Heinz Kühn den Erfolg verständlicherweise mißgönnte. "Leidenschaftliche Geduld", eine Lieblingsformulierung des Ministerpräsidenten, aber auch ein Höchstmaß an Geschicklichkeit waren vonnöten. Ein Polterer wäre gescheitert, ein Diplomat hat es geschafft! Es ist keine Übertreibung und keine Schmälerung der Verdienste alter sozialdemokratischer Pioniere, wenn man sagt: Koch nie hat die SPD in Nordrhein-Westfalen einen solchen Mann an ihrer Spitze gehabt. Heinz Kühn ist in der harten Zucht großer Regierungsverantwortung noch gewachsen. Früher mußte er sich den Vorwurf gefallen lassen, er arbeite zuweilen ohne Methode, früher nannten sie ihn hinter seinem Rücken "Schaukler", und das Prädikat "Zauderer" verfolgte ihn bis in die ersten Monate seines neuen Amtes hinein. Wirkte Kühn früher nicht auch manchmal steif, gespreizt und sprunghaft? Wie dem auch sei - dieser Mann hat sich von Oppositionsführer zum Landesvater gewandelt, und nicht nur die Partei kann stolz darauf sein. Streiflichter sind es, Momentaufnahmen und Blitzlichtsekunden, die das Wesen eines Menschen oder seine Berufung plötzlich deutlich machen. Und Kühn stand vom ersten Tag an wie kein anderer Ministerpräsident im glühenden Licht der Publizität...

Kühn, oft verliebt in seine funkelnden Formulierungen und in die Melodie seiner Sprache, ist dennoch kein Freund unverbindlicher Schwätzerei. Dies bekam Sowjetbotschafter Zarypkin zu spüren, der dem Ministerpräsidenten einen Höflichkeitsbesuch abstattete und beim Mokka auf die "Realitäten" zu sprechen kam. Der Botschafter sprach von den beiden deutschen Staaten, von dem erdгүйtigen in diesem Bereich der Politik. Heinz Kühn kam prompt seinerseits auf die "Realitäten" zu sprechen und bedauerte, daß die Bevölkerung in Mitteldeutschland nicht frei wählen könne und daß sich das Regime eben nur auf sowjetische Macht stütze. Da schwieg der Botschafter.

Eceneo still war der Schah von Persien an der Seite Heinz Kühns auf der Fahrt zum Schloß Benrath. Majestät hatten den Ministerpräsidenten gefragt, warum die Menschen am Straßenrand so auffallend distanzierter dastehen. Ein Mann war dem Schah besonders aufgefallen, weil er düster dreinblickte. Der mit außerordentlichem Taktgefühl gegenüber dem Gast und mit ebensoviel Mitgefühl gegenüber seinen Landsleuten operierende Heinz Kühn beendete das peinliche Thema mit den Worten: "Bei uns schreit man nicht mehr so gern hurra, diese Zeiten sind vorbei..."

Düsseldorfs neuer Regierungschef hat leger den Schlußstrich unter die Ära Meyers gesetzt, die sich nicht mehr wiederholen wird. Kühn verändert nicht nur die Politik an sich, sondern auch die politische Landschaft. Schon heute wirken alle potentiellen Gegenspieler oder Rivalen eine ganze Nummer kleiner, und der Abstand vergrößert sich weiter und wird für die CDU zum Notstand.

Der Wahlsieger vom Juli 1966 empfiehlt sich schon heute für das Wahljahr 1970.

Spanien-Wahl

Seitenblick auf EWG ?

Von unserem HD-I-Korrespondenten in Madrid

Noch in diesem Jahr soll in Spanien die nach dem Referendum vom 14. Dezember 1966 eingeleitete Staatsreform abgeschlossen werden. Für den Spätherbst wird in Madrid die Bestellung des ersten Ministerpräsidenten nach dem Bürgerkrieg erwartet, und zwischen dem 25. September und dem 21. Oktober 1967 soll das Ständeparlament, die Cortes, nach den Richtlinien des noch taufrischen Grundgesetzes erneuert werden. Diese Volksvertretung, bisher mit 535 Mitgliedern, wird auf 563 erweitert, die wenigstens teilweise in unmittelbarer Wahl bestimmt werden.

Mit einem deutlichen Seitenblick auf die Römischen Verträge, die jede Zusammenarbeit mit der EWG von der Existenz einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie abhängig machen, wird erstmalig seit 1939 den 14 Millionen wahlberechtigten spanischen Familienvätern und verheirateten Frauen zugestanden, 104 der Abgeordneten zu wählen. Der Rest wird von den Vertikalsyndikaten (150 Abgeordnete) bestimmt, vom Nationalrat der Falange-Einheitsbewegung (99) besetzt oder gehört für die nächsten vier Jahre den Cortes an als Vertreter der Städte und Provinzen (12), Delegierte von Berufsverbänden (30), Mitglieder kultureller Vereinigungen (19), Minister und andere hohe Würdenträger (24) oder wird vom Staatsoberhaupt ernannt (25, früher 50). Beschneidet die neue Verfassung die Vollmachten des Staatsoberhauptes und wertet das Parlament als Gesetzgebendes "beschließendes" (nicht mehr "beratendes") Organ auf, so wird dem neuen System doch eine wesentliche Schwäche anhaften: Außer der Einheitsbewegung wird es auch künftig keine politischen Parteien geben.

Die Willensbildung der Bevölkerung wird kaum erleichtert durch die Bestimmungen über die Kandidatur von Direkt-Mandataren, denn diese müssen schon einmal Parlamentsmitglieder gewesen sein, von Abgeordneten oder Mitgliedern führender staatlicher Gremien nominiert werden und 1 000 notariell beglaubigte Unterschriften von Wahlberechtigten vorweisen. Damit sind der Verjüngung des spanischen Parlaments und der Erneuerung bestimmte enge Grenzen gesetzt. Da die arbeitende Bevölkerung kaum außerhalb der Syndikatsorganisation über eine Vertretung verfügt, bleibt die Frage offen, inwieweit Spanien wirklich imstande ist, sich auch politisch an Europa anzugleichen.

Wenn am 10. Oktober 14 Millionen Spanier zu den Wahlurnen gerufen werden, so sollte man nicht in den Fehler verfallen, diese Wahlen etwa mit gleichartigen Entscheidungen in der Bundesrepublik oder anderen EWG-Ländern auf eine Stufe zu stellen. Die spanischen Wahlen sind erst ein Ansatz zur repräsentativen Demokratie, aber nicht mehr. Ob sich in Spanien ein politisches Leben bei breiter Beteiligung entfalten kann, wird erst die Zukunft beweisen. Solange dies nicht der Fall ist, wird es schwer möglich sein, Spanien als EWG-reif anzusehen.